



ASIEN/PAKISTAN - Religionsführer fordern UN-Resolution gegen Blasphemie

Lahore (Fidesdienst) – „Als Teilnehmer der Konferenz zur Achtung der Religionen fordern wir ein umgehendes Verbot der Verbreitung des Films „The Innocence of Muslims“. Dabei bitten wir die pakistanische Regierung und die Organisationen der Zivilgesellschaft auch darum, dass sie einen Antrag auf eine entsprechende Resolution bei den Vereinten Nationen einreichen“, so muslimische, christliche und hinduistische Religionsführer am Rande eines Seminars, das der „Nationale Rat für Interreligiösen Dialog“ in Zusammenarbeit mit dem „United Religions Initiative“ veranstaltet.

Während Christen in Pakistan nach der Verwüstung der anglikanischen St. Paul's-Kirche in Mardan (Provinz Khyber Pakhtunkwa) noch unter Schock stehen, die von einer aufgetragenen Menge radikaler Muslime in Brand gesteckt wurde, fordern die Religionsvertreter eine UN-Resolution, die „Diffamierung und Beleidigung der Religionen“ verurteilt. Paul Bhatti, katholischer Minister für Harmonie in Pakistan, versichert unterdessen: „Ich werde dies beim Generalsekretär der Vereinten Nationen Ban Ki Moon vortragen“ und erinnerte daran, dass in Pakistan „Christen und Muslime seit Jahrhunderten zusammenleben“ und dass „man nicht zulassen darf, dass unsere Harmonie zerstört wird“, denn „alle Religionen müssen respektiert werden“.

Der Vertreter der pakistanischen Sikh, Sardar Singh Tenrjeet betont, dass „die Ausdrucks einen verantwortungsbewussten Umgang verlangt“, während der hinduistische Vertreter Bhagat Lal hervorhebt, dass „alle heiligen Bücher vor Lächerlichkeit geschützt werden müssen“, denn dies führe zu Disharmonie. Der muslimische Experte Allama Muhammad Tahir Baghdadi forderte die Gläubigen auf, „ihre Ablehnung auf friedliche Art und Weise zu äußern“, denn „niemand hat das Recht Menschen Schaden zuzufügen“. Kanwal Feroze, Herausgeber der in Urdu erscheinenden Monatszeitschrift „Shadab“ erinnert daran, dass Christen in der Vergangenheit bei Episoden der Schändung des Namens Jesu ihren Protest stets friedlich zum Ausdruck gebracht haben“. (PA-IB) (Fidesdienst, 26/09/2012)